

SPD demokratischer pressediens

F/XXX/1

2. Januar 1975

Das Leitwort für 1975: Vernunft

Große Aufgaben müssen gemeinsam bewältigt werden

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 1 bis 3 / 90 Zeilen

1975 - Jahr der Aufschwungs

Jahr kontinuierlicher sozial-liberaler Reformpolitik

Von Helmut Schmidt MdB
Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzender

Seite 4 und 5 / 66 Zeilen

Was ist bewaffnete Aggression ?

Begriffsdefinition der UNO dient der Friedenssicherung

Von Karl-Hans Kern MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Vorsitzender
der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Seite 6 und 7 / 70 Zeilen

Kontinuität in der Deutschlandpolitik

Anmerkungen zur Gaus-Rede und zur CDU-Kritik

Seite 8 / 41 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ekerl

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 190 409
Presseheft 1, Zimmer 217-224

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Das Leitwort für 1975: Vernunft

Große Aufgaben müssen gemeinsam bewältigt werden

Von Annemarie Renger MdB
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Die internationale wirtschaftliche und politische Krisensituation wirkt sich auch auf unser Land aus. Unser gesellschaftliches System und unsere Wirtschaftsordnung sind aber in der Lage, die aktuellen und auch langfristigen Probleme zu bewältigen. Auf einigen Gebieten wird jedoch ein Neudurchdenken erforderlich sein.

Im internationalen Vergleich steht unser Land, was seine wirtschaftliche Stabilität und politische Ausgeglichenheit anbelangt, noch immer gut da. Diese Tatsache verpflichtet uns zu besonderen Anstrengungen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft und Dritten gegenüber. Wir dürfen aber nicht übersehen, daß Arbeitslosigkeit und Inflation bei unseren Bürgern tiefverwurzelte Traumata hervorrufen, obwohl eine hervorragende Sozialgesetzgebung die Auswirkungen mildert. In diesem Zusammenhang muß es besonders bedrücken, daß rd. 70.000 junge Menschen, die gerade mit ihrem Berufsleben beginnen wollten, jetzt ohne Aussicht auf Arbeit dastehen.

Die vor uns liegenden Schwierigkeiten können nicht allein vom Parlament oder von der Regierung bewältigt werden. Wenn wir weiter in Wohlstand und Fortschritt leben wollen, ist die Einsicht aller Bürger in die Notwendigkeiten Voraussetzung für den Erfolg. Bei allen Maßnahmen, die getroffen werden müssen, kommt es aber entscheidend darauf an, daß geforderte Opfer und Lasten zur Dämpfung von Arbeitslosigkeit und Bewältigung von langfristigen wirtschaftlichen Problemen nicht etwa einseitig auf die Schultern der Arbeitnehmer verteilt werden. Deshalb muß klar ausgesprochen werden: Investitionshilfen für die Unternehmen sind nur bei stabilen Preisen gerechtfertigt; die Sicherheit der Arbeitsplätze verlangt eine massvolle Lohnpolitik. Wird hier keine Vernunft geübt, dann geraten wir in den gleichen

unheilvollen Zirkelkreis, unter dem andere Länder in zunehmendem Maße leiden.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat in dieser schwierigen Situation das einzig Richtige getan: Er hat ungeschminkt die Wahrheit gesagt und die Möglichkeiten aufgezeigt, wie wir mit den vor uns stehenden Problemen fertig werden können. Die Opposition hat sich den Argumenten, die für eine Belebung der wirtschaftlichen Konjunktur sprechen, nicht verschließen können. Es wäre zu wünschen, daß auch auf anderen Gebieten, die unseren Staat zu erschüttern drohen, das Interesse der Allgemeinheit über dem Parteigegensatz stünde.

Der Kampf gegen die terroristischen Anarchisten erfordert unsere geschlossene Abwehr. Sympathiebekundungen einiger Intellektueller, die es eigentlich besser wissen müßten, sind unverständlich. Mit ihren provokativen Aktionen gegenüber Staat und Gesellschaft verhöhnern diese Terroristen die staatliche Autorität. Gleichzeitig wollen sie eine Pogromstimmung erzeugen, von der sie hoffen, daß sie ihnen eine Rechtfertigung für die Behauptung gibt, wir würden den Boden der Rechtsstaatlichkeit verlassen.

Auch deshalb wäre es gleichermaßen falsch, den Anschlägen der Terroristen mit der menschenverachtenden Meinung "Laßt-sie-doch-verhungern" begegnen oder gar mit dem Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe beantworten zu wollen. Das eine wie das andere wäre vor allem ein Rückfall in die Inhumanität, in die ein sich selbstachtender Staat gerade auch gegenüber seinen Feinden nicht verfallen darf.

Weil aber solche Gefühle der Rache und des Hasses gegeben sind, darf sich kein Politiker finden, der sie anheizt und gar in politische Münze umzuwandeln sucht. Mit erklärten Gegnern unseres Staates und der Verfassung müssen alle Demokraten gemeinsam mit politischen und rechtsstaatlichen Mitteln fertigwerden. Das von den Terroristen anvisierte Ziel, die demokratischen Kräfte auseinanderzudividieren sowie Hysterie und Feind-

schaft zu verbreiten, darf ihnen nicht gelingen.

Das sollten wir besonders in dem vor uns liegenden Jahr berücksichtigen, in dem sechs Landtage neu zu wählen sind. Die wahlbedingten Auseinandersetzungen stacheln unvermeidlicherweise die Emotionen an und verleiten zu propagandistischen Vereinfachungen. Wir alle sollten der Versuchung widerstehen, den politischen Gegner zu verteufeln. Wenn andere Bühnmänner und Verunglimpfung des politischen Widersachers als Mittel der Politik ansehen, so sollten Sozialdemokraten eine andere Sprache sprechen. Sie haben Demagogie nicht nötig. Die Sozialdemokraten haben bessere Argumente und können auf ihre Leistung hinweisen.

Zur sachbezogenen Meinungsbildung und politischen Auseinandersetzung können gerade die Massenmedien wesentlich beitragen. Umso mehr kommt es darauf an, besonders die Presse im Sinne ihrer Vielfalt funktionsfähig zu erhalten. Es kann hier nicht darum gehen, für die Konzentrationsvorgänge im Bereich der Presse und für die Finanzmisere in den Rundfunkanstalten ein Patentrezept zu finden. Die öffentliche Aufgabe von Presse und Rundfunk erfordert gebieterisch, daß rasch und unbürokratisch wirksame Lösungen gefunden werden, um auch die Informations- und Meinungsfreiheit dort zu sichern, wo sie durch materielle Probleme bedroht ist.

Bei aller Meinungsverschiedenheit muß die demokratische Grundüberzeugung der im Bundestag vertretenen Parteien außer Zweifel stehen. Das sollte sich auch im Stil, wie man miteinander umgeht, in und außerhalb des Parlaments, ausdrücken. Die demokratischen Parteien in unserem Land sind miteinander regierungsfähig und können wechselseitig Regierungsverantwortung übernehmen. In keiner politischen Konstellation ist die parlamentarische Demokratie bedroht. In diesem Zusammenhang sind Verdächtigungen und Unterstellungen unangebracht.

Eine andere Frage ist, wer am besten die Probleme unserer Zeit bewältigen und einen Interessenausgleich herbeiführen kann. Es sollte den Arbeitnehmern, Rentnern und liberal gesinnten Menschen nicht schwerfallen, ein positives Urteil über die Leistung der sozial-liberalen Koalition abzugeben. Ihre Chance liegt in ihrer Glaubwürdigkeit und Offenheit. Dieses Bündnis wird umso überzeugender sein, je mehr es sich von falscher Autorität und Selbstgefälligkeit abhebt, wie wir sie in früheren Zeiten erlebt haben. Wahlen gewinnen können die beiden Parteien der Koalition aber nur, wenn ihre Mitglieder und Freunde für sie kämpfen. (-/2.1.1975/ks/ee)

+ + +

1975 - Jahr des Aufschwungs

Jahr kontinuierlicher sozial-liberaler Reformpolitik

Von Helmut Schmidt MdB
Bundeskanzler und stellv. SPD-Vorsitzender

Das vor uns liegende Jahr 1975 wird unser eigenes Land und unsere Partner und Freunde in der Welt in die Bewährung stellen. Wir müssen zeigen, ob wir die Kraft haben, Frieden, Freiheit und wachsenden Wohlstand zu sichern und unser Zusammenleben gerechter zu machen. Wir müssen zeigen, ob wir gemeinsam mit den Schwierigkeiten der Weltwirtschaft fertig werden und international zusammenstehen, damit nicht Inflation, Arbeitslosigkeit und sinkende Realeinkommen unser Zusammenleben gefährden.

Der Dezember des alten Jahres hat uns einige wichtige Fortschritte gebracht, die uns Anlaß zur Zuversicht geben. In der Europäischen Gemeinschaft wie auch mit den USA ist ein gemeinsamer Grundakkord für die Konjunkturpolitik sowie die Energiepolitik gefunden.

Wirtschaftlich ist für uns selber nichts wichtiger als ein stabilitätsgerechter Aufschwung. Wir werden es schaffen,

- daß die Arbeitslosigkeit abgebaut wird, auch wenn das in den ersten zwei oder drei Monaten des Jahres nicht gleich sichtbar wird,
- daß die Reallohne gehalten werden, die wir 1974 erreicht haben,
- daß die Realeinkommen weiter steigen, wofür durch die Steuer- und Kindergeldreform vorgesorgt ist, und
- daß die Dämpfung des Preisauftriebs erfolgreich fortgesetzt wird.

Vor dem Hintergrund des stabilitätsgerechten Aufschwungs wird die sozial-liberale Koalition ihre Reformpolitik fortsetzen.

Wir wollen 1975 die Mitbestimmung in Großbetrieben unter Dach und Fach bringen. Damit schaffen wir den Grundpfeiler einer demokratischen Wirtschaftsverfassung, die die Garantie dafür bietet, daß unsere Wirtschaft leistungsfähig und zugleich sozial stabil bleibt.

Wir wollen auch bei der Reform der Berufsausbildung Nägel mit Köpfen machen. Wir streben nicht nur eine gerechtere Lastenverteilung an, sondern

wollen auch sicherstellen, daß hochwertige Ausbildungsplätze in genügender Zahl bereitstehen. Eine bessere Ausbildung ist nicht nur ein Gebot der Chancengleichheit, sondern kommt auch der Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zugute, was wir in den kommenden Jahren bitter nötig haben werden.

Wir werden das Netz der sozialen Sicherheit noch dichter knüpfen. 12 Millionen Arbeitnehmern werden die Betriebsrenten gesetzlich gesichert. Der Jugendarbeitsschutz wird verbessert. Das soziale Mietrecht tritt in Kraft.

Einem verbesserten Schutz des Verbrauchers dienen wir mit dem neuen Lebensmittelrecht, das in diesem Jahr erstmals voll wirksam und dem Verbraucher die Gewähr bieten wird, keine gesundheitsschädlichen Stoffe mehr in den Lebensmitteln vorzufinden. Dies wird 1975 ergänzt durch die Neuordnung des Arzneimittelrechts. Wir schaffen eine strenge Arzneimittelkontrolle. Ein Fall Contergen darf sich nicht wiederholen. Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen wird im März in Angriff genommen. Der Bürger soll beim "Kleingedruckten" in Kaufverträgen nicht mehr übervorteilt werden können.

Wir wollen 1975 den Umweltschutz vorantreiben und zu einem bundeseinheitlichen Wasserhaushaltsgesetz kommen. Dies wird auch ein Prüfstein sein, ob die Opposition es ernst meint mit dem Umweltschutz. Das wird sie ferner beim neuen Naturschutz- und Landschaftspflegegesetz beweisen können.

Insgesamt beginnt die sozial-liberale Koalition das Jahr 1975 mit ungebrochenem Reformwillen. Natürlich müssen wir uns weiter nach der wirtschaftlichen Decke strecken. Aber wir werden uns nicht auf einen Kurs gesellschaftspolitischer Sterilität abdrängen lassen. Den Auftrag der Wähler, mehr soziale Sicherheit und mehr soziale Gerechtigkeit zu schaffen, nehmen wir weiterhin ernst. Dennoch wäre unredlich zu verschweigen, daß wir viel Kraft auf den stabilitätsgerechten Aufschwung der Wirtschaft verwenden müssen. Es wäre gut, wenn wir nicht auch Kraft verschwenden müßten, um einer durchsichtigen und kurzsichtigen, opportunistischen Panikmache der Opposition entgegenzutreten.

Außenpolitisch und außenwirtschaftspolitisch bleibt es bei unserem Angebot, durch vorurteilsfreie Kooperation weltweit zu einem Ausgleich der Interessen beizutragen. Wir werden den Boden, den die Bundesregierung unter Willy Brandt weitsichtig vorbereitet hat, verantwortlich pflegen. Wir werden Lasten tragen helfen, aber sie nicht alleine tragen können. Nur gemeinsam kann der Frieden erhalten und die wirtschaftliche Stabilität wiederhergestellt werden.

(-/2.1.1975/ks/pr)

Was ist bewaffnete Aggression ?

Begriffsdefinition der UNO dient der Friedenssicherung

Von Karl-Hans Kern MdB

Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Vorsitzender der
Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Nach Artikel 39 der Charta der Vereinten Nationen stellt der Sicherheitsrat fest, ob und wann eine Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung (Aggression) vorliegt. Er beschließt, welche Maßnahmen auf Grund von Artikel 41 (Nichtmilitärische Maßnahmen) oder nach Art. 42 (Einsatz von UN-Truppen) zu treffen sind, um den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren oder wiederherzustellen.

Bisher fehlte es an einer Definition des Begriffes Aggression, so daß z.B. nach dem Jom-Kipur-Krieg Israel im Sicherheitsrat von den arabischen und kommunistischen Ländern als Aggressor bezeichnet wurde, während die westlichen Länder eindeutig nachwiesen, daß der Angriff von arabischer Seite ausging. Wird das künftig anders sein, nachdem die 50jährigen Bemühungen um eine international anerkannte Definition des Begriffes Aggression am Ende der 1974er Generalversammlung der Vereinten Nationen erfolgreich abgeschlossen wurden ?

Die Vollversammlung billigte eine Begriffsdefinition, die in acht Artikeln den Begriff Aggression definiert. Damit wurde dem Sicherheitsrat ein Leitfaden gegeben, an dem er in seinen Beschlüssen kaum vorbeigehen kann. Skeptiker meinen zwar, die Klarheit der Begriffsdefinition werde in Artikel 2 wieder wirkungslos gemacht, weil dort dem Sicherheitsrat uneingeschränkte Interpretationsfreiheit gewährt wird: "Wer als erster bewaffnete Gewalt anwendet gilt prima facie als Aggressor, es sei denn, daß der Sicherheitsrat zu einer anderen Auffassung gelangt." Würde man nur den Artikel 2 der Definition losgelöst aus dem Zusammenhang kennen, dann wäre solche Skepsis berechtigt. Eine zusammenhanglose Interpretation ist jedoch nicht zulässig, sondern in Art. 8 ausdrücklich untersagt: "Alle Bestimmungen dieser Definition stehen in Bezug zueinander und müssen im Zusammenhang interpretiert werden."

Dies bedeutet, daß auch der Sicherheitsrat an den in Art. 3 aufgestellten Katalog von Aggressionshandlungen gebunden ist. Seine Interpretationsfreiheit gibt ihm lediglich die Möglichkeit, darüber hinaus auch noch andere Handlungen als Aggressionshandlungen darzustellen. Artikel 3 lautet: "Als Aggressionsakte gelten nach dieser Definition: a/ Invasion oder Angriff durch

bewaffnete Streitkräfte eines Staates in das Territorium eines anderen Staates, jede militärische Besetzung oder Annexion durch Gewalt; b/ Bombardierung und jede Art von Waffenanwendung eines Staates gegen das Territorium eines anderen Staates; c/ Blockade der Häfen oder Küsten eines Staates durch bewaffnete Streitkräfte eines anderen Staates; d/ Angriffe auf die Land-, See- oder Luftstreitkräfte eines anderen Staates; e/ Einsatz von bewaffneten Streitkräften eines Staates im Gebiet eines anderen Staates, sofern er nicht durch Übereinkommen vertraglich geregelt ist; f/ die Erlaubnis eines Staates, daß sein Territorium von einem anderen Staat zu Aggressionshandlungen gegen einen dritten Staat benutzt wird; g/ die Entsendung von bewaffneten Banden, Gruppen, Freischärlern oder Söldnern durch einen Staat oder im Auftrag eines Staates zur Ausführung von Aggressionshandlungen - von der Schwere wie oben aufgeführt - gegen einen anderen Staat, oder auch nur eine beträchtliche Verwicklung in solche Aggressionshandlungen."

Es gibt künftig auch keinen Rechtfertigungsgrund mehr für Angriffshandlungen, denn in Artikel 5 der Definition heißt es: "Kein Motiv, weder politisch noch wirtschaftlich noch militärisch noch auf irgendeine andere Art und Weise begründet, kann als Rechtfertigung einer Aggression dienen. Die Aggression ist ein Verbrechen gegen den Weltfrieden. Gebietsgewinne, die aus Aggressionshandlungen zustande gekommen sind, können nicht als rechtmäßig anerkannt werden."

In der Debatte der Vollversammlung der Vereinten Nationen sah daher lediglich der chinesische Delegierte noch die Möglichkeit, auch künftig Aggressionen zu rechtfertigen. Unberührt von dieser Definition bleibt das Recht der - besonders durch Kolonialismus und Rassismus - unterdrückten Völker auf Selbstbestimmung, Freiheit und Unabhängigkeit. Ausdrücklich ist darunter auch das Recht dieser Völker, für ihre Freiheit zu kämpfen, zu versterben.

Bei der schwierigen Ausgangslage des Sonderausschusses für die Definition der Aggression muß der erreichte Konsens als Höchstmaß des Erreichbaren angesehen werden. Allerdings muß sich die Hoffnung, die in diese Definition gesetzt wird, erst noch in der Auseinandersetzung um die Spannunggebiete bewähren. Der Nahe Osten wird im neuen Jahr das Feld dieser Debatte sein. Hoffentlich bewahrheitet sich der Satz im Bericht des Sonderausschusses: "Wir sind fest davon überzeugt, daß die Annahme dieser Definition zur Stärkung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen wird."
(~/2.1.1975/ks/ee)

+ + +

Kontinuität in der Deutschlandpolitik

Anmerkungen zur Gaus-Rede und zur CDU-Kritik

Die Initiatoren und Durchsetzer der neuen Deutschlandpolitik, die der sterilen Anti-Haltung der CDU/CSU das im Interesse der Friedenssicherung notwendige Ende bereitete, hatten von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß es sich bei dem Versuch, aus dem gefährlichen Gegeneinander zunächst zu einem Nebeneinander zu kommen, um ein überaus schwieriges und langwieriges Unterfangen handeln würde. Wer es vergessen haben sollte, dem wäre als Beispiel für alle diese mahnenden Stimmen der bekannte Ausspruch des damaligen Staatssekretärs Egon Bahr in Erinnerung zu rufen, daß wir bis dahin keine Beziehungen zur DDR hätten, jetzt aber doch zumindest schlechte haben würden. Die sach- und personenbezogene Vorsicht, die in diesem für manchen damals vielleicht zu saloppen Wort zu finden ist, läßt deutlich genug erkennen, daß jedenfalls die sozialliberale Regierung ihre Deutschlandpolitik nicht als risikolosen und zeitgerafften Spaziergang betrachtet hat. Sie hat sich in ihrem Verhalten und in ihren Maßnahmen auf den komplizierten Tatbestand DDR eingerichtet.

Die Neujahresrechnung des Ständigen Vertreters der Bundesrepublik in der DDR, Staatssekretär Günter Gaus, konnte also für den, der die letzten Jahre der deutschen Geschichte als Akteur mitbestimmt und als Beobachter mitverfolgt hat, keine Überraschung sein. Gaus bestätigt aus ständiger und unmittelbarer Erfahrungseinsicht in die Gegebenheiten der DDR und in die Politik ihrer Regierenden nur genau die bekannte Haltung der Bundesregierung und die Äußerungen der Politiker der sozialliberalen Koalition.

Wenn jetzt Illusionen verfliegen sein sollten, dann sind es die windschiefen Vorstellungen, die die CDU/CSU-Opposition in dem Bestreben zusammengebastelt hat, der Bevölkerung der Bundesrepublik einzureden, daß die sozialliberale Ost- und Deutschlandpolitik auf nicht tragbaren Grundlagen aufgebaut worden sei und zudem mit irrationalen Zeitabläufen gerechnet habe. Die dümmliche Forderung des Parlamentarischen CDU/CSU-Fraktionsgeschäftsführers Gerhard Reddemann nach einer "Kurskorrektur" in der Deutschlandpolitik zeigt die ganze Fragwürdigkeit eines quasipolitischen Verhaltens einer Opposition, deren Sprecher untereinander ohne jeden Kontakt sind und überhaupt nicht mehr wissen, was ihre Fraktionskollagen reden. So hat Reddemann über Sylvester hinweg völlig vergessen, daß sein Parteifreund Olaf von Wrangel als offizieller Deutschlandpolitik-Sprecher der CDU erst in den letzten Dezembertagen von sich aus der Koalition und ihrer Regierung die Zusammenarbeit in der Deutschlandpolitik angeboten hatte - in einer Deutschlandpolitik also, deren Grundlagen und Richtungswweisungen auch von der Opposition ernsthaft nicht mehr bestritten werden.

Und was eigentlich sollte "Kurskorrektur" heißen? Zurück zum Kalten Krieg?! Mit allen Konsequenzen?! Die CDU wird das auch in ihrem Interesse eindeutig klarzustellen haben.
(ee/2.1.1975/ks/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert